Schlagwort-Nr. 281. Online seit 25.02.2013, aktualisiert am 14.05.2013.

Angebliche Indiskretion der Regierung Wirth während der Verhandlungen um ein Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich im Dezember 1921

Am 10. Dezember 1921 veröffentlichte die "Frankfurter Zeitung" einen Artikel, der eine ziemlich genaue Inhaltsangabe der Pacelli-Punktation II vom 15. November 1921 (Dokument Nr. 7768) enthielt. Dieser war von einem "süddeutschen Politiker" unterschrieben. Pacelli war über diese Indiskretion, hinter der er die Reichsregierung vermutete, sehr aufgebracht und erhob beim preußischen Gesandten in München, Julius Graf von Zech-Burkersroda, vehement Protest. Anschließend berichtete er Gasparri über den Vorfall (Dokument Nr. 1168).
Das Auswärtige Amt wies den Vorwurf zurück, die Indiskretion stamme aus den von der Reichsregierung über die Punktation informierten Stellen. Dies teilte Zech Pacelli am 11. Januar 1922 mit. Zwar wurden in Berlin Nachforschungen zum Ursprung des Artikels angestellt, jedoch blieben diese erfolglos.

Literatur:

MORSEY, Rudolf, Zur Vorgeschichte des Reichskonkordats aus den Jahren 1920 und 1921, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kanonistische Abteilung 44 (1958), S. 237-267, hier 261 f.

Empfohlene Zitierweise:

Angebliche Indiskretion der Regierung Wirth während der Verhandlungen um ein Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich im Dezember 1921, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 281, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/281. Letzter Zugriff am: 21.05.2024.